

DER FALL HYPO ALPE ADRIA

Die wahre Geschichte



Einleitung

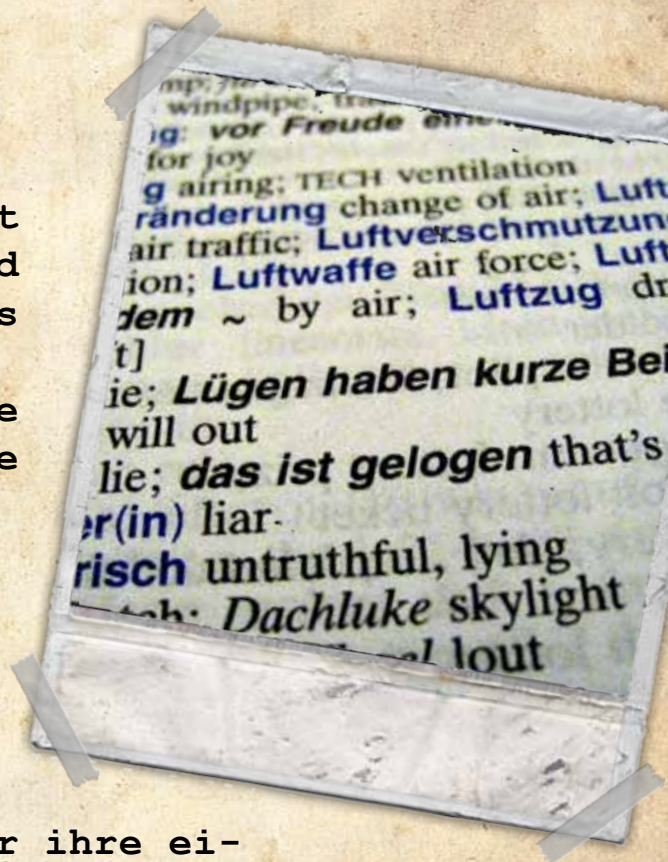
Seit nunmehr über zwei Jahren werden von ÖVP und SPÖ unter kräftiger Mithilfe der Medien die Kärntnerinnen und Kärntner, der ehemalige Landeshauptmann Jörg Haider und damit in weiterer Folge auch das BZÖ pauschal für die Pleite der Hypo Alpe Adria verantwortlich gemacht und gebrandmarkt. Doch wer hat wirklich die Pleite der Hypo Alpe Adria verursacht? Was ist in der Bank tatsächlich passiert? Wer trägt in Wahrheit die politische Verantwortung? Und was sind die Folgen für den Steuerzahler? Hier kommen die Antworten. Hier kommt die wahre Geschichte der Hypo Alpe Adria:

Die schwarz-rote Lüge von der „Haider-Bank“

Diese wahre Geschichte beginnt mit der Entlarvung einer durch ÖVP und SPÖ weit verbreiteten Lüge. Dieses Lüge lautet, dass Landeshauptmann Jörg Haider und seine Anhänger die Hypo stets für ihre eigenen Zwecke genutzt hätten und die Bank unter massivem politischen Einfluss Haiders und seiner Partei gestanden wäre. Wahr ist das haargenaue Gegenteil: Seit ihrer Gründung bis Anfang der Neunzigerjahre war die Hypo Alpe Adria immer eine SPÖ-geführte Bank, die von der SPÖ für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen und als Versorgungsstation für brave Parteisoldaten missbraucht wurde. Die Folge war, dass die rote Hypo mit ihren knapp 200 Mitarbeitern damals, zu Beginn der Neunziger, kurz vor dem Ruin stand.

Entpolitisierung durch Privatisierung

Landeshauptmann Jörg Haider ist es denn auch gewesen, der im Jahr 1991 die Hypo Alpe Adria vor der Pleite gerettet hat. Indem er die Bank teilprivatisiert (die Grazer Wechselseitige ist als Partner eingestiegen und hat Anteile an der Hypo erworben) und damit entpolitisiert hat. Haider hat also dafür gesorgt, dass die Hypo von einem parteipo-



litisch gelenkten Versorgungsbetrieb zu einem von Managern geführten modernen Unternehmen wurde. Und nicht umgekehrt. Dieser Weg der Entpolitisierung hat sich gelohnt, denn die Hypo ist wirtschaftlich nicht nur gesundet, sondern wuchs in den folgenden Jahren zur größten Regionalbank Europas und beschäftigte am Höhepunkt über 7.000 Mitarbeiter!



Die Neider in den Wiener Großbanken

Der große Erfolg von ausgerechnet dieser kleiner Landesbank im Süden Österreichs rief aber auch entsprechend viele Neider auf den Plan - vor allem die von ÖVP und SPÖ beeinflussten Wiener Großbanken. Immer wieder gab es daher Begehrlichkeiten, sich die Hypo Alpe Adria billig unter den Nagel zu reißen. Und noch öfter gab es Versuche, die Hypo durch gezielte Angriffe zu schwächen und ihren Erfolgsweg zu stoppen.

Der massivste Angriff dieser Art fand im Jahr 2006 statt, wo unter der Verantwortung des damaligen ÖVP-Finanzministers Karl Heinz Grassler die Hypo von der staatlichen Finanzmarktaufsicht unter großem Mediengetöse dazu gezwungen wurde, SWAP-Verluste in Höhe von 328 Millionen Euro rückwirkend und vollständig in der Bilanz 2004 abzuschreiben. Dieser Vorgang war und ist einmalig in der österreichischen Bankgeschichte und bis heute für niemanden nachvollziehbar. Noch nie wurde ein Bankunternehmen gezwungen, erlittene Verluste zwei ganze Jahre nach deren Eintritt rückwirkend in einer Bilanz zu verarbeiten und dafür eine zwei Jahre alte und längst beschlossene Bilanz noch einmal aufzumachen. Damit hatten die Neider aber genau das erreicht, was sie immer erreichen wollten: Der Bank wurde schwerer wirtschaftlicher Schaden zugefügt, das Vertrauen der Kunden wurde erschüttert und der erfolgreiche Weg der Hypo Alpe Adria fürs Erste gestoppt.

Von Kärntner Landesbank zu deutscher Bank

Doch der Bankführung gelang es, sich Schritt für Schritt von diesem Angriff zu erholen. Denn in den folgenden Jahren wurden von den Verantwortlichen der Bank Bereinigungen und Wertberichtigungen, vor allem im Bereich Südosteuropa vorgenommen, um gemachte Fehler in diesem Bereich zu korrigieren. Das gelang auch und am Ende dieses Prozesses konnte die Bank im Jahr 2007 mit Erfolg für den Steuerzahler und das Bundesland Kärnten um insgesamt 1,3 Milliarden Euro an die bayrische Landesbank (BayernLB) verkauft werden.

Heute versucht die deutsche BayernLB die Schuld und Verantwortung für die Hypo-Pleite auf das verkaufende Land Kärnten zu schieben und Schadenersatz mit dem Argument geltend zu machen, sie seien im Zuge der Verkaufsverhandlungen getäuscht worden. Das Gegenteil ist freilich der Fall: Durch eine Vielzahl von Gutachten, gemachten Prüfungen und Wertanalysen ist nachgewiesen, dass die Bayern LB weder getäuscht noch betrogen wurde, sondern die Bayern LB Mitte 2007 zu einem angemessenen Preis die Mehrheit an der werthaltigen und ertragreichen Hypo Alpe Adria erworben hat. Selbst die Nationalbank stellte in einem Prüfbericht zum Zustand der Hypo wörtlich fest: *„Nach den Verlusten 2007 und 2008, in denen vor allem ein Bereinigungsprozess im Kreditportfolio vorgenommen wurde, plant die Hypo Alpe Adria für 2009 und Folgejahre Gewinne.“* Und der von den Bayern nach deren Hypo-Kauf eingesetzte Vorstand Tilo Berlin prognostizierte für 2009 einen Gewinn von 44,4 Millionen Euro und für 2010 einen Gewinn von über 200 Millionen Euro. Klar ist auch: Ab dem Zeitpunkt des Erwerbs der Mehrheitsanteile an der Hypo Alpe Adria im Jahr 2007 durch die bayrische Landesbank, hatte auch die Bayern-LB die volle Verantwortung für die sechstgrößte österreichische Bank und deren weitere Entwicklung inne.

Die Misswirtschaft der deutschen Bayern LB

Tatsache ist jedoch, dass die Bayern LB ihren Aufgaben und Pflichten



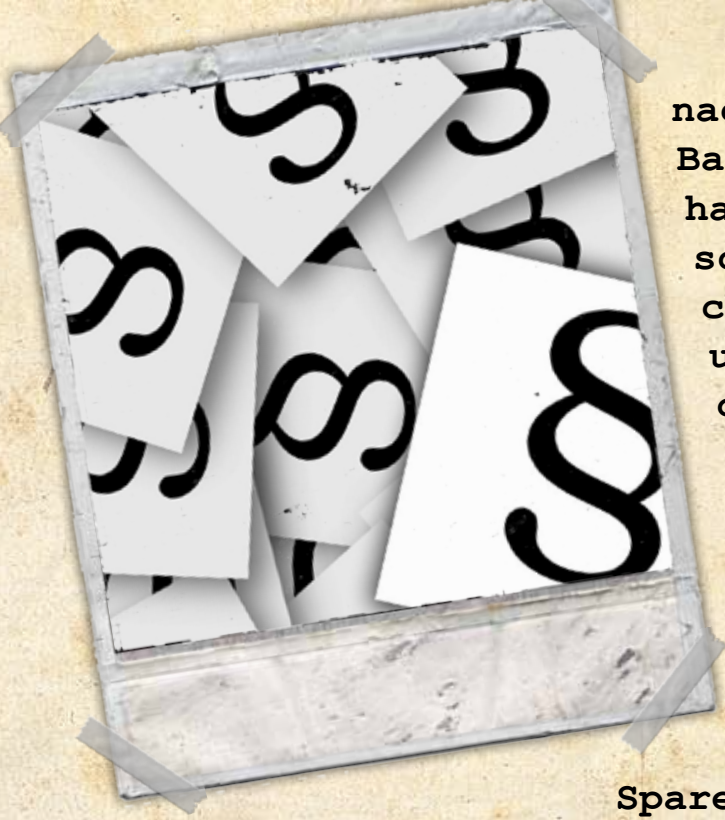
als Mehrheitsaktionär nicht nachgekommen ist, sondern es zu schweren wirtschaftlichen und personellen Fehlentscheidungen gekommen ist. Hervorzuheben sind ein völlig unkontrolliertes Wachstum*, eine unverantwortliche Verdoppelung des Kreditvolumens und der Bilanzsumme*, Führungslosigkeit und Entscheidungsunfähigkeit durch ständige personelle Änderungen in der Ebene des Vorstandes der Bank, ungerechtfertigte und gesetzeswidrige Millionen-Abfertigungen, nicht nachvollziehbare milliarden schwere Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie einer massiven Kapitalflucht in Milliardenhöhe von der Bank durch die vorzeitige und unkoordinierte Veröffentlichung der Ergebnisse eines Wertgutachtens. Mehr noch: Vor dem Hintergrund milliarden schwerer Verluste der bayrischen Landesbank, die am amerikanischen Finanzmarkt in den Sog der Lehman-Pleite gezogen wurde, besteht heute der Verdacht, dass die deutsche BayernLB die Hypo Alpe Adria bewusst und vorsätzlich in die Pleite geschickt hat, um ihr Risiko zu minimieren und die Hypo besser heute als morgen wieder los zu werden.

[Bilanzsumme von 24 Milliarden auf 41,1 Milliarden Euro, Kundenkredite von 10,9 Milliarden Euro auf 18,8 Milliarden Euro, Leasing-Finanzierungen von 2,7 Milliarden Euro auf 8,0 Milliarden Euro, Gesamtes Finanzierungsvolumen von 13,6 Milliarden Euro auf 26,8 Milliarden Euro]*

Mit voller Absicht in die Pleite?

Dieser Verdacht wird durch zwei Indizien massiv erhärtet: Obwohl bereits in den Jahren 2007 und 2008 die Kreditvorsorge massiv ausgeweitet wurde und Abschreibungen in gigantischer Höhe gemacht und so bankintern vollständig bereinigt wurde, hat der von den Bayern eingesetzte Hypo-Vorstand Franz Pinkl im Jahr 2009 ein Asset-Screening (= Prüfung der Werthaltigkeiten) vom Wirtschaftsprüfungsunternehmen PricewaterhouseCoopers (PwC) durchführen lassen und in der Folge so massive wie unnötige und ungerechtfertigte Abschreibungen und Wertberichtigungen





nach unten vorgenommen, dass die Bank es nicht mehr verkraftet hat und am Ende in die Pleite schlitterte. In allen Gesprächen, die man mit Bankmanagern und ehemaligen Aufsichtsräten der Hypo führt, kann niemand diese Maßnahmen nachvollziehen und erklären. Ebenso nicht die vorzeitige Veröffentlichung dieser Zahlen in einer ad-hoc Meldung durch die Bank, was zu einer Kundenflucht und einem folgenschweren Abzug von

Spareinlagen in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro geführt hat. Niemand sieht die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach unten als gerechtfertigt an, sondern jeder betont, dass die Bank viel werthaltiger ist, als es dargestellt wurde und bis heute dargestellt wird. In wessen Auftrag und warum Franz Pinkl so gehandelt ist, ist deswegen dringend zu klären und seine Rolle genau zu durchleuchten. Vor allem, wenn man weiß, dass Pinkl für sein (Un-)Werk und seine nur elf Monate dauernde Tätigkeit als Vorstand der Hypo Alpe Adria mit einer Abfertigung von rund drei Millionen Euro belohnt wurde. Insidern ist dieser Franz Pinkl ohnehin kein Unbekannter. Vor seiner Tätigkeit bei der Hypo war Pinkl Vorstand der Volksbanken-Gruppe und hat diese - richtig erraten - in die Pleite gewirtschaftet.

Eiskalte Erpressung

Zweites Indiz: Mittlerweile gibt sogar das österreichische Finanzministerium höchst selbst zu, dass die deutsche BayernLB ihr eigenes Tochterunternehmen, die Hypo, vorsätzlich an die Wand gefahren, in die Pleite geschickt und so die Notverstaatlichung eiskalt erpresst hat. Nämlich durch den gezielten Entzug von Kapital in Höhe von 1,1 Milliarden Euro im November und Dezember 2009.* Jedenfalls heißt es in einer Anfragebeantwortung von ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter auf eine entsprechende Frage: „Der Entzug von Liquidität vor der Notverstaatlichung am 14. Dezember 2009 durch die BayernLB hatte zweifellos die wirtschaft-

liche Lage der Bank zusätzlich massiv beeinträchtigt." Ob diese Vorgehensweise der deutschen Eigentümer überhaupt rechtlich zulässig oder nicht vielmehr schwer kriminell war, ist bis heute wild umstritten und auch Gegenstand von strafrechtlichen Ermittlungen.

[*Aus dem Kaufvertrag zwischen Republik Österreich und BayernLB geht hervor, dass die BayernLB am 24. November 2009 die Ziehung einer im Juni fix zugesagten, bis dahin aber noch nicht genutzten Kreditlinie über 500 Millionen Euro gegenüber der Hypo Alpe Adria untersagt hat und, dass die BayernLB am 11. Dezember 2009 ein Darlehen gegenüber der Hypo Alpe Adria in Höhe von 625 Millionen Euro gekündigt hat. Diese Maßnahmen wurden von der BayernLB NACH der Notverstaatlichung wohlweislich wieder zurück genommen.]

Der Fehler Notverstaatlichung

Die Notverstaatlichung war den Indizien folgend also ein schwerer Fehler. Nicht nur, weil sie von den deutschen Eigentümern erpresst wurde und sich die rot-schwarze Bundesregierung sowie die FPK-Landesregierung von den Deutschen über den Tisch ziehen hat lassen, sondern vor allem auch, weil die Notverstaatlichung vom damals zuständigen ÖVP-Bankenminister Josef Pröll schlecht verhandelt wurde. Denn am Ende des Tages wird dank des Verhandlungsgeschicks Prölls und des ÖVP-Finanzministeriums wieder einmal der österreichische Steuerzahler zur Kasse gebeten. Mit Milliarden-Zahlungen für eine deutsche Bank und deren Misswirtschaft. Ein einmaliger und zugleich unglaublicher Vorgang! Woher man das so genau weiß? Aus dem Kaufvertrag, der im Zuge der Notverstaatlichung zwischen Republik Österreich

und der BayernLB abgeschlossen wurde und in welchem diese Milliarden-Zahlungen Österreichs an die deutsche BayernLB schwarz auf weiß paktiert sind. Ein Kaufvertrag, der wohl vor allem wegen dieses brisanten Inhalts gehütet wurde wie ein Staatsgeheimnis - und am Ende des Tages doch das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat.



Über den Tisch gezogen

Bevor wir auf den Kaufvertrag näher eingehen noch kurz etwas zum eben angerissenen Thema, dass sich ÖVP und SPÖ gemeinsam mit den ahnungslosen Kärntner FPK-Regierungspolitikern von den Deutschen über den Tisch ziehen haben lassen: Die Notverstaatlichung ist nicht nur deswegen falsch, weil das Finanzministerium im Rahmen seiner eben geschilderten Anfragebeantwortung die Verantwortung der Bayern für die Pleite offen eingesteht, sondern auch, weil das Finanzministerium in diesem Zusammenhang überhaupt zugelassen hat, dass der deutsche Mehrheitseigentümer die Hypo vorsätzlich schädigt und dieser Kapital entzieht. Denn der Entzug von 1,1 Milliarden Liquidität hätte durch die Anwendung der Bestimmungen des Eigenkapitalersatz-Gesetzes wahrscheinlich verhindert werden können. Das Finanzministerium hat aber nichts unternommen, gibt jedoch mittlerweile zu, dass *„die im Rahmen der Liquidität gewährten Beiträge“* der BayernLB *„möglicherweise als eigenkapitalersetzend zu qualifizieren gewesen“* seien und *„die Bestimmungen des Eigenkapitalersatzgesetzes“* zu einer *„Rückzahlungssperre“* geführt hätten. Heißt im Klartext: Hätte Österreich sich quer gelegt und die Notverstaatlichung verweigert, hätten nicht wir, sondern die Deutschen insgesamt gerechnet über 3 Milliarden Euro verloren.



Österreichisches Geld für deutsche Bank

Österreich hat aber nicht nur der von den Bayern bereits am 23. November 2009 geforderten Notverstaatlichung zugestimmt, sondern den Bayern im Rahmen des Kaufvertrages vereinfacht gesagt auch noch garantiert, dass der österreichische Steuerzahler für die deutschen Gelder der BayernLB in der Hypo voll haftet und in weiterer Folge der österreichische Steuerzahler zusichert, Milliarden an die Bayrische Landesbank zu zahlen. Zum Kaufvertrag im Detail:

Auf Seite 5 des Kaufvertrages unter dem Punkt „Liquiditätsmaßnahmen“ sichert die Republik Österreich den Bayern die Rückzahlung ihrer Darlehen, Kreditlinien und Schuldverschreibungen durch den österreichischen Steuerzahler in Höhe von bis zu drei Milliarden* bis Ende 2012 beziehungsweise Ende 2013 zu.



Dem nicht genug, legt der Kaufvertrag überhaupt fest, dass auch im Falle der Veräußerung der Mehrheit der Bank oder deren Aufspaltung die milliardenschweren Rückzahlungen fällig werden. Und das sofort. Wörtlich heißt es dazu auf Seite 7 des Kaufvertrages: *„Im Falle der Aufspaltung der Bank oder einer wirtschaftlich vergleichbaren Maßnahme, nach der die Lebensfähigkeit der Bank nicht mehr gewährleistet ist, wird der Bund die BayernLB rechtzeitig im Vorhinein verständigen und stellt der Bund auf Verlangen der BayernLB die Rückzahlung der zu diesem Zeitpunkt aushaftenden Darlehen und Kreditlinien der BayernLB an die Bank sicher.“*

[* Die Summe setzt sich aus mehreren Darlehen, Schuldverschreibungen und Kreditlinien der BayernLB gegenüber der Hypo Alpe Adria zusammen]

ÖVP-Finanzministerium: Der Steuerzahler zahlt

Das Finanzministerium gibt das alles in der Beantwortung der bereits zitierten parlamentarischen Anfrage auch ganz offen zu, wenn es auf die Frage nach den Verbindlichkeiten gegenüber der BayernLB zwar bewusst die Auskunft über deren derzeitige genaue Höhe verweigert, aber doch wörtlich antwortet: *„Vielmehr obliegt es dem Vorstand der Hypo Bank International, im Rahmen des Liquiditätsmanagements für die fristgerechte Tilgung aller Verbindlichkeiten der Bank, somit auch jener gegenüber der BayernLB, Sorge zu tragen.“*

Das Problem hinter dieser geschickt und hinterlistig formulierten Antwort: Bei den bezeichneten Verbindlichkeiten der Hypo gegenüber der BayernLB handelt es sich um nichts anderes als Verbindlichkeiten des Steuerzahlers, denn die Hypo befindet sich nunmehr bekanntlich im Eigentum der Republik!

Schelte von der EU-Kommission

Selbst die EU-Kommission kritisiert in einem an die Bundesregierung gerichteten Schreiben von Ende Dezember 2009, dass der Beitrag der BayernLB zur Notverstaatlichung der Hypo nicht ausreichend gewesen sei. Zitat: *„Die BayernLB hätte mehr zur Rettung beitragen können.“* (...) *„Die Hilfe für die Hypo Group nützt auch der BayernLB“*. In einem weiteren, zweiten Schreiben der EU-Kommission vom 22. Juni 2010 steht: *„Die Kommission erinnert an ihre Zweifel, ob die Lastenverteilung in Bezug auf die Alteigentümer adäquat gewesen ist.“*



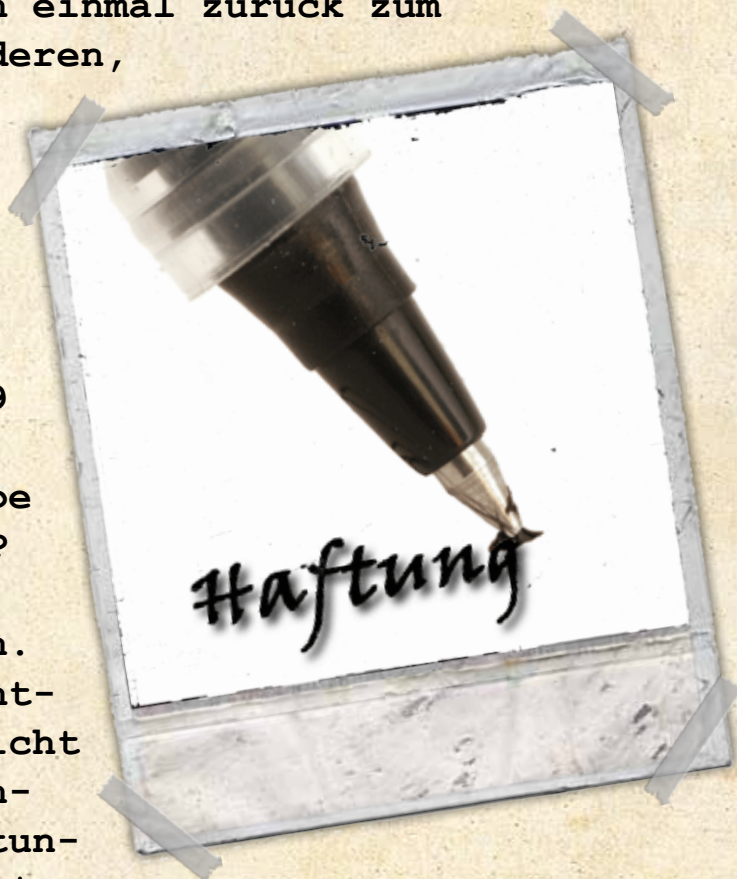
Schadenersatz für Steuerzahler

Umso dringender und vor allem deswegen, weil die deutsche BayernLB durch ihre geschilderte, systematische Miswirtschaft die Pleite der Hypo herbeigeführt und durch den gezielten Entzug von Kapital nahezu erzwungen hat, ist eine umgehende Geltendmachung von Schadenersatzforderungen seitens der Republik gegenüber der BayernLB nötig! Nur so können die im Zuge des Kaufvertrages von der ÖVP verhandelten und auf den Steuerzahler zu kommenden Milliardenzahlungen an die bayrische Landesbank verhindert oder zumindest verringert werden. Dass Schadenersatzforderungen gegenüber den deutschen Eigentümern der Hypo prinzipiell möglich sind, bestätigt das Finanzministerium in der bereits öfters zitierten Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des BZÖ. Das Finanzministerium schreibt: *„Es ist zu beachten, dass auf eine Anfechtung beispielsweise wegen Irrtums oder Arglist nicht verzichtet wurde und auch allfällige Schadenersatzansprüche der Republik weiter gel-*

tend gemacht werden können." Das Problem dabei könnte aber werden, dass Ex-Finanzminister Josef Pröll in den Verhandlungen mit den Bayern auf entscheidende juristische Rechte zur Geltendmachung von Schadenersatz verzichtet hat. So steht's schwarz auf weiß im Kaufvertrag. Nur Gott weiß, warum.

Der Schmäh mit den Landeshaftungen

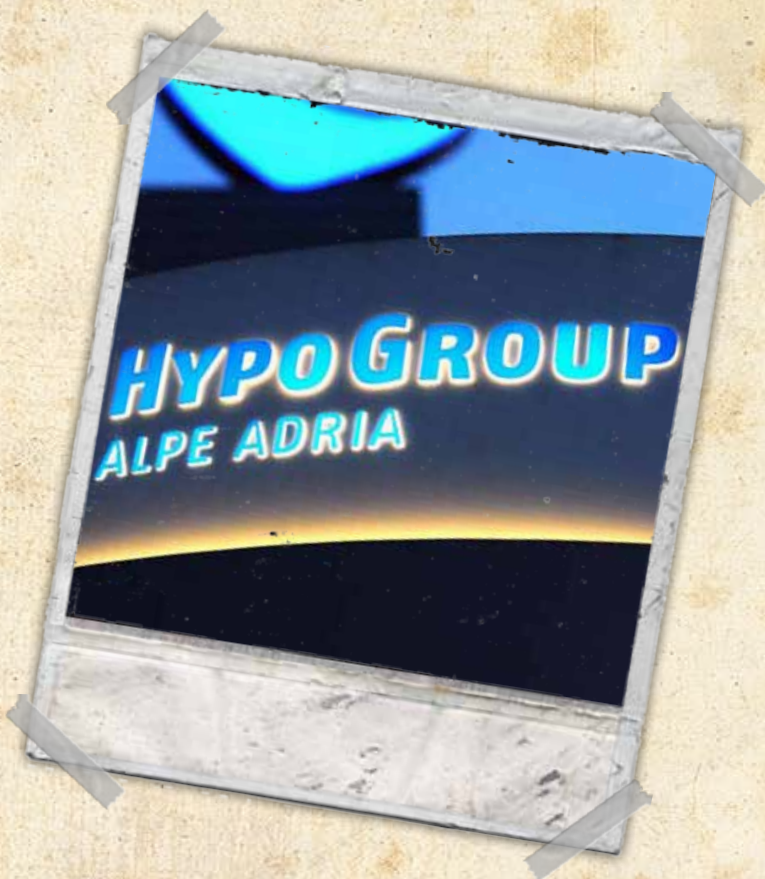
Und zum Schluss kommen wir noch einmal zurück zum Beginn, indem wir mit einem anderen, zweiten rot-schwarzen Schmäh aufräumen. Denn all die jetzt vorgebrachten Daten, Zahlen, Fakten, Argumente, Bedenken und Beweise werden von SPÖ und ÖVP immer mit einer einzigen Zahl vom Tisch gewischt. Den 19 Milliarden Euro Haftungen des Landes Kärnten für die Hypo Alpe Adria, die, so heißt es von ÖVP und SPÖ, im Falle einer Pleite sofort schlagend geworden wären. Was ÖVP und SPÖ dabei offensichtlich (bewusst) übersehen ist nicht nur, dass auch alle anderen Bundesländer solche Milliardenhaftungen für ihre Landesbanken haben* und die Haftungen des Landes Kärnten für die Hypo immer von SPÖ oder ÖVP mit beschlossen wurden, sondern vor allem, dass es sich bei den rund 19 Milliarden Haftungen des Landes Kärnten um AUSFALLSHAFTUNGEN handelt, die bis September 2017 laufen. Will heißen: Nur bei einem totalen Ausfall aller Kredite und dem vollkommenen Verlust aller Werte der Hypo, wären die Haftungen auch tatsächlich schlagend geworden.



[* Haftungen der Stadt Wien für die Bank Austria: 16,6 Milliarden Euro; Haftungen von Niederösterreich für die Hypo Niederösterreich: 6,8 Milliarden Euro, Haftungen von Tirol für die Hypo Tirol: 6,9 Milliarden Euro; Haftungen der Steiermark für die Hypo Steiermark: 4 Milliarden Euro; Haftungen von Vorarlberg für die Hypo Vorarlberg: 7 Milliarden Euro]

Lösung: Staatliche Aufsicht statt Notverstaatlichung

Was wäre also tatsächlich zu tun gewesen? Wie hätte man richtig gehandelt? Erstens hätte man das Eigenkapitalersatzgesetz anwenden und so erreichen müssen, dass die für die Pleite der Hypo Alpe Adria verantwortliche BayernLB ihre drei Milliarden Euro Kapital in der Hypo nicht über den österreichischen Steuerzahler zurück bekommt, denn die Deutschen waren es auch, die die Hypo in den Ruin geführt haben. Zweitens hätte man die Bank nicht notverstaatlichen sondern - und das ist ein entscheidender Unterschied - unter staatliche Aufsicht stellen sollen, um so eine geordnete und gelungene Sanierung zu erreichen. Die Vorteile dabei: Das Risiko für den Steuerzahler wäre weitaus geringer gewesen als jetzt und die Kosten für den Steuerzahler wären niemals so hoch wie sie nun sein werden.



Pressestimmen und Expertenmeinungen

„Der größte Teil der Geschäfte, welche die Bank letztlich an die Wand drückten, wurde unter dem von den Bayern 2007 eingesetzten Vorstandschef und Kurzzeit-Aktionär Tilo Berlin angebahnt.“

(Nachrichtenmagazin „profil“)

„Die Bilanzsumme des Konzerns stieg zwischen Ende 2006 und Ende 2009 um mehr als ein Drittel; die Forderungen an Kunden erhöhten sich in dem Zeitraum um annähernd die Hälfte, die Einlagen aber nur um ein Fünftel.“

(Nachrichtenmagazin „profil“)

„Die Bayrische Landesbank trägt die Hauptverantwortung für die Vorgänge zwischen 2007 und 2009. Umso unverständlicher, dass die Verhandler des Finanzministeriums die Münchner ziehen ließen.“

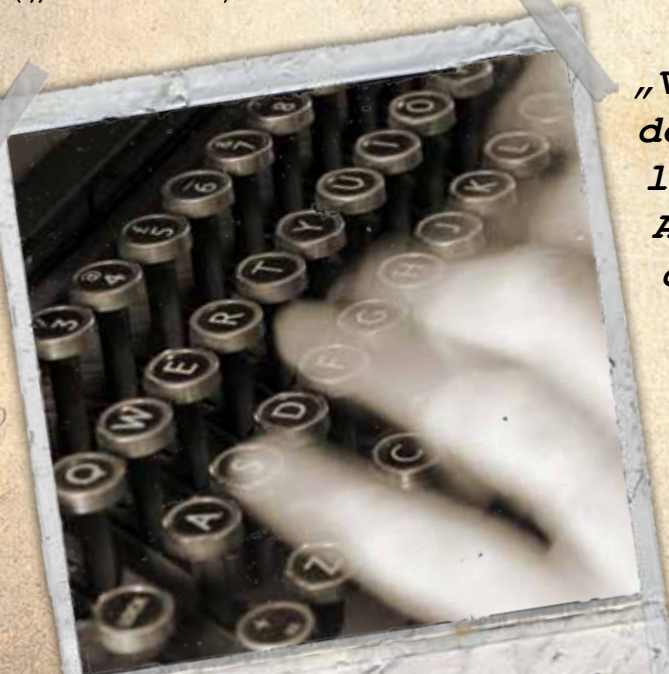
(Nachrichtenmagazin „profil“)

„Das ist mehr eine Formalhaftung. Die wirkliche Haftung liegt bei rund 6 Milliarden Euro.“

(Unternehmer Hannes Androsch zu den Hypo-Haftungen des Landes Kärnten)

„Der Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria ist ein massiver Geldabzug aus Bayern vorausgegangen. Und der Kaufvertrag zwischen Republik Österreich und BayernLB ermöglichte es den Bayern, einen großen Teil ihres Investments zu retten.“

(„Kurier“)



„Vereinfacht gesagt haftet nun der österreichische Steuerzahler dafür, dass die Hypo Alpe Adria ihren weiter bestehenden Verpflichtungen gegenüber der BayernLB nachkommt, jener BayernLB also, welche die Hypo überhaupt erst in die Nähe der Pleite gewirtschaftet hatte.“

(Nachrichtenmagazin „profil“)

„Die bayerischen Milliarden, die ein Asset gewesen wären, hat man im Herbst 2009 abziehen lassen.“

(Unternehmer Hannes Androsch)

„Die Schuldzuweisung bis zum Zeitpunkt Mai 2007 ist nicht zufällig. Alle faulen Eier in den Kärntner Korb, während die Entscheidungsträger aus Wien still und leise ihr Spiel spielen. Die Situation der Hypo schlechter darstellen, als sie ist und dann den Verkauf der Bank an jene, die bei der ersten Privatisierung nicht zum Zug kamen, günstig abwickeln. Das ist die Handschrift eines schwarzen Finanzministers. Obwohl die Bilanzsumme während der bayerischen Regentschaft um mehr als die Hälfte gewachsen ist, ist diese Zeit tabu. Jetzt ist es auch nachvollziehbar, warum die Republik anlässlich der Verstaatlichung auf die Optionen, nämlich die Bayern LB als Eigentümerin in die Pflicht zu nehmen, verzichtet hat. Die Bayern haben die Notlage selbst herbeigeführt. Sie haben von der Hypo Kapital abgezogen und damit die Krisensituation heraufbeschworen. Dann kamen Pröll und Co und haben sich in der Öffentlichkeit als große Retter profiliert – im Kämmerchen wurden jedoch bereits die Entscheidungen für die Hypo II vorbereitet.“

(DDr. Johann Neuner, Wirtschaftsprüfer in Klagenfurt)

„Beobachter beschleicht das Gefühl, dass sich die Ermittler auf die Ära Kulterer konzentrieren und den Einstieg der Berlin-Gruppe und die Führung der Bank nach der Übernahme durch die Bayern links liegenlassen. Das wäre das nächste Desaster, wurden die Expansionsschritte doch nach Kulterers Ausscheiden rasant gesteigert und riesige Summen mit toxischen Papieren in den Sand gesetzt.“

(„Der Standard“)

„Man wird den Fokus stärker als bisher auf die Skandaltruppe der BayernLB richten müssen.“

(„Kleine Zeitung“)

